

Staatskanzlei Nidwalden
Regierungsgebäude
6371 Stans

Hergiswil, 31. März 2009

Vernehmlassung zum

- **Gesetz über die Harmonisierung Amtlicher Register**
- **Gesetz über Niederlassung Aufenthalt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den vorerwähnten Gesetzentwürfen eine Vernehmlassung abgeben zu können.

Beide Gesetze sind eine direkte Folge der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Register sowie der Bundesgesetzgebung über die Bundesstatistik bzw. Volkszählung.

Grundsätzlich begrüßen wir eine Harmonisierung der Register. Damit können wertvolle Synergien besser genutzt werden und es wird ein modernes System geschaffen, mit dem die Struktur und die Entwicklung der Bevölkerung und der Haushalte verfolgt werden können. Die Erhebungsaufwand wird verkleinert und der Datenaustausch kann entscheidend vereinfacht werden.

Bei der Umsetzung dieser Gesetze wird es unabdingbar sein, die Abläufe mit den Gemeinden zu kommunizieren, damit keine weiteren Abklärungen und Datenergänzungen auf der Gemeinde vorgenommen werden müssen.

Stellungnahme der FDP

Die FDP Nidwalden nimmt die vorliegenden Gesetzesentwürfe grundsätzlich mit positiver Haltung zur Kenntnis. Nach unserer Abklärung entspricht das Gesetz weitgehend den Intentionen der kommunalen Behörden und somit auch der Aufgabenerfüllung dieser Institutionen.

Wir begrüßen insbesondere, dass das bisherige System (Meldung beim Amt für Justiz, Abteilung Migration) beibehalten wird und das Amt für Migration weiterhin für die An- und Abmeldungen von Ausländerinnen und Ausländer zuständig ist.

Weitere Bemerkungen zu den Entwürfen haben wir keine anzubringen. Wir unterstützen die vorliegenden Gesetzes-Entwürfe.

Freundliche Grüsse

**Freisinnig-Demokratische-Partei
Nidwalden**

LR Ernst Minder

Im Doppel